

... Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

Friedensgespräche sollen in Kürze beginnen

Zwischen dem 9. und 12. März sollte in Kathmandu eine erste Runde von Friedensgesprächen stattfinden. Dies gab kurz vor Redaktionsschluß der von der nepalischen Regierung beauftragte Verhandlungsführer Narayan Singh Pun bekannt. „Wir überlassen es den Maoisten, das genaue Datum für den Beginn der offiziellen Gespräche festzulegen“, teilte Pun im Rahmen einer Seminarveranstaltung gegenüber Pressevertretern mit. Pun äußerte sich auch zur Situation inhaftier-

ter Maoisten und berichtete, das Innenministerium sei dabei, deren schrittweise Freilassung vorzubereiten. Außerdem sei inzwischen ein 20 Punkte umfassender Verhaltenskodex erarbeitet und an die Maoisten weitergeleitet worden. Darin seien verbindliche Regeln für das Verhalten während des Waffenstillstands und der Friedensgespräche enthalten. „Dieser Verhaltenskodex wird in Kraft treten, sowie die Antwort der Maoisten vorliegt“, erläuterte Pun.

Ausgangssperre in Ramechhap aufgehoben

Die seit mehreren Monaten über die beiden Handelsorte Mathali und Ramechhap Bazaar im Distrikt Ramechhap verhängte Ausgangssperre wurde am 4. März aufgehoben. Vor Beginn des Waffenstillstands waren in mindestens 17 der 75 Distrikte Nepals monatelang Ausgangssperren in Kraft, die nach offiziellen Angaben nach und nach aufgehoben werden sollen, sobald dies eine verbesserte Sicherheitslage erlaubt.

Armee weiter in Alarmbereitschaft - trotz des „dualen Machtstatus“

Die Entscheidung der Regierung, die Armee weiter in Alarmbereitschaft zu halten und nicht in die Kasernen zurückzuschicken, hat auf Seiten der Maoisten Irritation ausgelöst. Diese hatten einen gegenseitigen Rückzug gefordert, um beiden Seiten die freie Kontrolle über ihre jeweiligen Einflußgebiete zu ermöglichen. Die Maoisten begründen ihre Forderung damit, daß *de facto* ein „dualer Machtstatus“ bestehe, den es bei den Friedensgesprächen anzuerkennen gelte. In diesem Sinne äußerte sich jedenfalls Ram Bahadur Thapa, alias Badal, der führende Militär-

stratege der Maoisten und zugleich Mitglied des hochrangigen fünfköpfigen Verhandlungsteams seiner Partei in einem Interview mit der Wochenzeitung *Bimarsba*. „Die konkrete Realität ist, daß ein dualer Machtstatus existiert. Jeder Verhaltenskodex, der dies ignoriere, wäre ein Dokument der Unterwerfung. Niemand könne ein solches Dokument akzeptieren“, erklärte Badal und spielte damit darauf an, daß die Rebellen inzwischen große Gebiete in den ländlichen Regionen kontrollieren.

Gespannte Waffenruhe

Während das politische Führungspersonal der Konfliktparteien um die Klärung der Verfahrensweisen zur Aufnahme und Durchführung von Friedensverhandlungen ringt, verharren die bewaffneten Gruppierungen in unverminderter Kampfbereitschaft. „Die Lage ist vielerorts sehr angespannt. Wir befinden uns nur im Waffenstillstand. Der Frieden muß erst noch hergestellt werden. Falls man uns angreifen sollte, werden wir umgehend zurückschlagen“, sagte Oberst Deepak Gurung, Sprecher der nepalischen Armee, in der ersten offiziellen Pressekonferenz der Armee seit Beginn des Waffenstillstands. Vereinzelt sei es an verschiedenen Stellen zu Übergriffen und Verletzungen des Waffenstillstands gekommen. Daher bleibe die Armee weiterhin in Alarmbereitschaft. Forderungen der Maoisten, die Armee in die Kasernen zurückzuschicken, lehnte Gurung kategorisch ab: „Das ist ihr Wunsch; unser Auftrag ist es jedoch, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Frieden zu bewahren. (...) Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet. Sie (die Maoisten) haben nicht die Stärke, es mit der Armee in einem konventionellen Krieg aufzunehmen.“

Attentat im Parteauftrag

Das Attentat auf den Leiter der paramilitärischen *Armed Police Forces Moban*, Krishna Shrestha, geschah mit ausdrücklicher Zustimmung der Führung der maoistischen *CPN-Maoist*. Soviel läßt eine nachträgliche Stellungnahme des Rebellenführers Baburam Bhattarai vom 8. Februar diesen Jahres erkennen. Darin wird die Verantwortung der Maoisten für die politisch motivierte Bluttat reklamiert. Shrestha war nur wenige Tage vor Beginn des Waffenstillstands zusammen mit seiner Frau und einem Leibwächter in

Kathmandu auf offener Straße von einem Killerkommando getötet worden. Dieses Attentat auf einen der ranghöchsten Vertreter der staatlichen Sicherheitsbehörden hatte großes Aufsehen in der nepalischen Öffentlichkeit erregt. Es war als warnendes Zeichen angesehen worden, daß der Bürgerkrieg endgültig in der Hauptstadt Einzug gehalten habe. An der Planung und Durchführung des Attentats soll eine Gruppe von sieben Personen beteiligt gewesen sein, darunter mehrere Frauen.

Repräsentant der US-Regierung äußert sich zu Nepal

Donald Camp, ein für Südasiens zuständiger Diplomat im US-Außenministerium, hat anlässlich einer Veranstaltung der *Heritage Foundation* den Waffenstillstand in Nepal begrüßt und zugleich angekündigt, daß die US-Regierung eine dauerhafte Vorherrschaft der Maoisten in Nepal nicht dulden werde. Die Maoisten würden US-Interessen in Nepal gefährden, die Abschaffung der konstitutionellen Monarchie zugunsten eines absoluten, Washington feindlich gesonnenen kommunistischen Regimes planen, die Untaten der *Khmer Rouge* rechtfertigen und gemeinsame Ziele mit anderen extremistischen Gruppierungen in Südasiens verfolgen. Eine solche Entwicklung könnte die gesamte Region destabilisieren und Nepal leicht zu einem „*failed state*“ werden lassen, und damit - ähnlich wie zuvor Afghanistan -

zu einem potenziellen Anlaufpunkt für Terroristen. Um dies zu verhindern, leiste Washington in Absprache mit Großbritannien, Indien, China und anderen Ländern Militär- und Entwicklungshilfe, um die Maoisten zu besiegen. „Diese kombinierte Hilfsstrategie soll ein sicheres Umfeld in Nepal schaffen helfen, in dem das Land seine dringend benötigte soziale und wirtschaftliche Entwicklung weiterführen kann“, sagte Camp weiter. So solle ein Sieg der Maoisten abgewendet, den Rebellen gezeigt werden, daß sie nicht militärisch siegen können, und der Weg für eine politische Lösung des Konflikts geebnet werden. Camp bezeichnete die Verhandlungsbereitschaft der Maoisten als Erfolg dieser kombinierten Hilfsstrategie.

Zähes Ringen um Verhandlungspositionen

Der Präsident der *Nepal Communist Party* (CPN-Maoist), Pushpa Kamal Dahal alias „Prachanda“, hat den inzwischen fast achtzigjährigen Präsidenten der *Nepali Congress Party* (NC) und mehrfachen Ex-Ministerpräsidenten Girija Prasad Koirala telefonisch gebeten, sich konstruktiv an der Lösung der bestehenden Staatskrise zu beteiligen. Koirala vertrat in einer Stellungnahme gegenüber der nepalischen Presse die Auffassung, daß die Positionen der Maoisten in Bezug auf die verfassungsgebende Versammlung, Mehrparteiendemokratie und Monarchie noch keineswegs geklärt seien. Prachanda forderte er auf, diese Klärung herbeizuführen. Prachanda erklärte seinerseits seine Bereitschaft, diese Fragen weiter zu diskutieren und darauf hinzuwirken, daß aus dem Waffenstillstand ein dauerhafter

Frieden werden kann.

Wenige Tage zuvor war Girija Prasad Koirala von der kurzzeitig erhobenen Forderung nach Bildung einer Allparteienregierung wieder abgerückt, auf die sich die Führungsspitzen der gemäßigten CPN (UML) und des NC zunächst bei einem Meinungsaustausch in der Privatresidenz Koiralas in Maharajgunj verständigt hatten. Die dabei vereinbarte Bildung einer Allparteienregierung sollte als Ausweg aus der tiefen Staatskrise dienen, in der sich das Land seit der Entlassung der letzten gewählten Regierung am 4. Oktober 2002 durch König Gyanendra befindet. Stattdessen verlangt Koirala nun eine Wiederberufung des damals entlassenen Repräsentantenhauses sowie eine Regierungsbildung auf der Grundlage der Verfassung von 1990.

Regierung stellt Neuwahlen für Mai 2003 in Aussicht

Während die großen politischen Parteien noch mit der Klärung ihrer Positionen zum weiteren Verlauf der Friedensverhandlungen beschäftigt sind, hat die von König Gyanendra eingesetzte Regierung unter Ministerpräsident Lokendra Bahadur Chand in Aussicht gestellt, im Mai diesen Jahres Neuwahlen abzuhalten.

„Tötungen aus Versehen“: Innenministerium will Entschädigung zahlen

Eine dreiköpfige Untersuchungskommission der Menschenrechtsstelle des Armeestabs hat bestätigt, daß eine Armeepatrouille im November 2002 in Kahule im Distrikt Nuwakot versehentlich fünf

Britische Armee rekrutiert wieder Gurkha-Soldaten

Ein Londoner Gericht hat die Klage von nepalischen Soldaten auf gleichen Sold wie ihre britischen Kollegen zurückgewiesen. Nach diesem Urteil kann die während des Verfahrens ausgesetzte Rekrutierung nepalischer *Gurkha*-Soldaten in die britische Armee nun wieder aufgenommen werden. In einer Stellungnahme der britischen Botschaft in Kathmandu hieß es, daß das Gerichtsurteil habe in Bezug auf die Gleichbehandlung von im Ausland rekrutierten Soldaten der britischen Streitkräfte eine Reihe von Unklarheiten beseitigt und ermögliche auch in Zukunft die Rekrutierung von *Gurkhas* durch die britische Armee unter Beibehaltung bestehender Sozialleistungen. Es erlaube der britischen Armee, sich nun auf die Vorbereitung anstehender Militäroperationen in der Golfregion sowie in Sierra Leone zu konzentrieren, beides Regionen, in denen *Gurkha*-Einheiten stationiert sind. Außerdem bestätige es die bestehenden Regelungen als gesetzlich und nicht diskriminierend.

Krishna Kumar Rai, Beauftragter der *Gurkha Army Ex-Servicemen's Organization* (GEASO), der die Verhandlungen über bessere Arbeitsbedingungen im Auftrag der *Gurkhas* geführt hatte, bezeichnete das Urteil als bahnbrechenden Erfolg. Nach seiner Auffassung habe das Gericht gegen eine Reihe von diskriminierenden Praktiken der britischen Regierung entschieden. Bei der Gleichstellung in Bezug auf Bildungsmöglichkeiten sowie bei der Frage der Unterbringung von Familienangehörigen seien entscheidende Verbesserungen erzielt worden.

Minderjährige getötet hat. Das Innenministerium kündigte Entschädigungszahlungen in Höhe von je 100.000 Rupien an die betroffenen Familien an.